

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

277 (28.11.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gerpaltige Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenausschreibungen 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtbeachtung des Nachdrucks wird die Abrechnung der Anzeigen ausser Acht gelassen. Die Anzeigen werden in der Redaktion des Volksfreunds in Karlsruhe, Postfach 1020/1021, entgegen genommen.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, ohne Zustellung 1,90 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Geschäftsstelle: wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 1020/1021 Karlsruhe. Geschäftsstelle: wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 1020/1021 Karlsruhe. Geschäftsstelle: wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 1020/1021 Karlsruhe. Geschäftsstelle: wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 1020/1021 Karlsruhe.

Nummer 277

Karlsruhe, Montag, den 28. November 1932

52. Jahrgang

Ultimatum und Antwort

Einstimmige Ablehnung der Konkordate durch den Parteitag

Die Entschließung des Parteitags

Das Zentrum hat den sozialdemokratischen Parteitag vor ein Ultimatum gestellt, auf das dieser nicht anders als mit einer glatten Zurückweisung antworten kann.

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat im Plenum bei der Abstimmung über die Staatsverträge (Konkordate) sowohl bei dem Konkordat mit der katholischen, wie dem der evangelischen Kirche, unter Durchführung des Fraktionszwanges und mit der Verpflichtung der Teilnahme sämtlicher Fraktionsmitglieder an der Abstimmung, gegen dieselben, also mit Nein zu stimmen.

Alle übrigen zum gleichen Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge sind damit erledigt.

Die Erklärung der Landtagsfraktion

Der Landesparteitag hat gegen die Auffassung der Mehrheit der Fraktion entschieden. Die konterrevolutionäre Situation Deutschlands erfordert die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse und damit auch die engste Verbundenheit in der SPD. Diesem Gebot fügt sich die gesamte Landtagsfraktion und damit auch dem Willensausdruck des Landesparteitages im Landtag gegen das Konkordat zu stimmen.

G. Sch. Trotz der bitter harten wirtschaftlichen Not, waren gestern in Offenburg zum Parteitag allein 195 von den Mitgliedschaften gewählte Delegierte neben den sachgemäß zur Teilnahme am Parteitag Berechtigten anwesend. Diese Tatsache beweist, welche große Interesse die Parteimitglieder an diesem Parteitag hatten und welche Bedeutung sie den anfallenden Entscheidungen beimessen. Wir haben die Annahme in der Zentrumspresse für total falsch erklärt, daß die „Männer mit den Schwielen an den Händen“ dem Streit um das Konkordat etwa gleichgültig gegenüberstünden; wer dem gegritten Parteitag mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, konnte feststellen, daß es besonders die Delegierten aus den kleineren Städten und Landorten waren, die meistens sich als geradezu leidenschaftliche Gegner des Konkordats bekamen. Die Protestbewegung innerhalb der Sozialdemokratie gegen die Zustimmung zu den Konkordaten war nicht künstlich gemacht, sie entsprach der Auffassung und dem Willen der Parteimitglieder.

Es ist einfach für die Sozialdemokratie untragbar, inmitten dieser Zeit geradezu fürchterlicher Not und politischer Bedrohungen der Arbeiterklasse, daß ihre Vertreter im Landesparlament einem Vertragswerk zustimmen, das wenn es überhaupt abgeschlossen werden mußte, auch in späterer und besserer Zeit abgeschlossen werden kann. Und wir sind überzeugt, wäre das badische Zentrum noch von einem Schoße rührt von Herrn Dr. Föhr geführt, die nunmehr in der badischen Politik eingetretene Wandlung wäre nicht zu verzeichnen. Daran ändern u. E. auch angebliche oder wirkliche Äußerungen des verstorbenen Herrn Dr. Schofers, in den allerletzten Lebenstagen nichts.

Eine tiefe und — wir glauben das annehmen zu können, nach den Ergebnissen des gestrigen Parteitages — nachhaltige Ersitterung hat innerhalb der badischen Sozialdemokratie Platz gegriffen gegen die Behauptung in dem Beschlusse der Parteistimmen des Zentrums, die Sozialdemokratie „handelt gegen Treu und Glauben“.

Vielleicht bereut man auch in nicht allzu ferner Zeit im Zentrum selbst diesen unbedingten Vorwurf erhoben zu haben. Auch wir, und mit uns noch viele Sozialdemokraten — keine grundsätzlichen Gegner einer vertraglichen Regelung des Staates mit den Kirchen sind, haben es geradezu ultimative Politik des Zentrums empfunden, daß trotz aller schweren wirtschaftlichen und politischen Not, der Abschluß der Konkordate auf Biegen oder Brechen befördert worden ist. Und als das badische Zentrum unter

der Führung des Herrn Dr. Föhr und Dr. Baumgartner ohne Rücksicht auf die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation zum Abschluß drängte, haben wir von Beginn dieser Aktion an mit einem Bruch der Koalition gerechnet.

Als gestern der Genosse Rüdert als Vorsitzender der Fraktion eingehend und in ruhiger Sachlichkeit vor dem Parteitag darlegte, welche Erwägungen die Fraktionsmehrheit bei ihrer Haltung bestimmt haben, als er den Wert und die Bedeutung des Weiterbestehens einer Koalition mit dem Zentrum, insbesondere, als er mit wirklich guten Argumenten hervorhob, daß es gerade in der gegenwärtigen Situation im Reich von großem Wert sei, wenn die Sozialdemokratie wenigstens noch in einem süddeutschen Staate an der Regierung beteiligt sei, folgten ihm alle Zuhörer mit gespanntester Aufmerksamkeit. Möchten unsere Genossen öfters auch den Ergebnissen der Koalitionspolitik sehr kritisch gegenüberstehen, sie waren sich stets des Wertes bewußt, den die seit 1919 bestehende Koalition in Baden unter ihrer Führung hatte. Aber das jetzt unter allen Umständen, und, wie der Zentrumsbeschluss vom vergangenen Freitag besagt, also auch wenn die bestehende Koalition darüber in die Brüche geht, die Konkordate zum Abschluß gebracht werden müssen, dafür hat die überwältigende Mehrheit der badischen Sozialdemokratie kein Verständnis mehr, und darum auch der leidenschaftliche Protest aus den Mitgliedschaften heraus, und darum gestern die Einstimmigkeit auf dem Parteitag. Daß die Vorgänge auf dem Gebiete der Reichspolitik und manche Erscheinungen auch innerhalb der badischen Zentrumspartei, die

Stimmung unserer Genossen stark beeinflusst haben, ist schon früher von uns deutlich genug hervorgehoben worden.

Wenn unsere Gegner gestern dem Verlauf des Parteitages hätten folgen können, sie würden mit uns erlebt und die Gewißheit erneut erhalten haben, daß alle Spekulation auf einen inneren Zerfall oder auf eine Spaltung in der badischen Sozialdemokratie völlig daneben gehen. Es ist gestern, wie bei uns ganz selbstverständlich, scharf gekämpft worden. Das soll so sein, wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen und Beschlüsse von immerhin großer Tragweite gefaßt werden müssen. Und den Delegierten ist in eindeutiger Klarheit gesagt worden, um was es geht, wenn sie den Beschluss fassen, sich dem Ultimatum des Zentrums nicht zu beugen und die Fraktion zu verpflichten, geschlossen gegen die Annahme der Konkordate zu stimmen. Der Parteitag glaubte diese Verantwortung auf sich nehmen zu können und unter den gegebenen Verhältnissen auf sich nehmen zu sollen, die aus dem Beschluss daraus erwächst, daß nach der Zurückweisung des Ultimatus des Zentrums die Beendigung der bisherigen Koalition in Baden eintritt.

Die Landtagsfraktion wird nach dem Willen des Parteitages handeln, wie es innerhalb der Sozialdemokratie selbstverständlich und lebendiges Gebot ist, daß jeder einzelne Parteigenosse und jede Parteikörperschaft sich dem Willen der Gesamtpartei unterzuordnen hat. Nicht nur in ungebrochenem, sondern vielmehr mit verstärktem Kampfesmut und mit unzerstörbarer Geschlossenheit geht die badische Sozialdemokratie an die Bewältigung der Aufgaben, die ihr im Interesse des arbeitenden Volkes gestellt sind. Das wird die nächste und die fernere Zukunft beweisen.

Verlauf des Parteitages

r. Offenburg, 27. November.

Im alten Tagungslokal der badischen Partei, im Saal zu den „Drei Königen“, traten heute vormittags die Delegierten der sozialdemokratischen Organisationen zum außerordentlichen Parteitag zusammen, um in erster Zeit zu ersten Stellung zu nehmen. Von den Emporen des Saales wehten die Drei-König-Banner der Freiheit herab. Neben den Delegierten, die nahezu den ganzen Saal füllten, hatten sich auch zahlreiche Gäste eingefunden, die die Galerien besetzt hielten.

Eröffnung des Parteitages

Namens des Landesvorstandes begrüßt Genosse Zimmermann den Parteitag und eröffnet ihn. Besonders begrüßt er die zahlreichen Gäste und Vertreter der Bruderparteien der Nachbarländer und aus dem Reich.

Als Gäste sind anwesend: Parteivorstand Berlin: Genosse Hans Vogel, Berlin. SPD, Bezirk Pilsa: Reichstagsabgeordneter Wagner, Pilsa. SPD, Hessen-Offenbach: die Genossen Widmann, Offenbach, Niggel, Darmstadt.

SPD, Württemberg: Gen. Rohmann, M.H.R., Gen. Dr. Schühmacher, M.H.R., Gen. Ull. Pfleger, Soz. Landtagsfraktion, Gen. Saterus, „Schwäb. Tagewacht“, Gen. Müller, „Neckarrecht“, Heilbronn.

SPD, Groß-Hüringen: Reichstagsabg. Dietrich, Weimar. SPD, Kanton Basel: Gen. Nationalrat Schneider, Basel. Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, 1. Bezirk: Gen. Jakob Weimer, Stuttgart.

Als Senioren der Partei begrüßt Genosse Zimmermann die Genossen Adolf Gek und Altstadtrat Mönch. Genosse Zimmermann verweist auf die Bedeutung des Parteitages, die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei, die offen, frei ihre Meinungsverschiedenheiten austrägt. Wir haben keine Kommandos, kein Kadavergehörig. Der Parteitag wird zeigen, daß es in unserer Partei wohl Meinungsverschiedenheiten gibt, aber keine Klüfte zwischen Massen und Führer. Auf den Delegierten ruht eine große Verantwortung. Es handelt sich um die Wiedergewinnung der politischen und kulturellen Freiheit. Wir wollen dem Proletariat dienen. In diesem Sinne ist der Parteitag eröffnet. (Lebhafte Beifall.)

Auf Vorschlag des Genossen Peter Mayer-Freiburg wird folgendes Büro gewählt:

1. Vorsitzender: Amann, Heidelberg.
 2. Vorsitzender: Gallinger, Freiburg.
 - Schriftführer: Böttcher, Radolfzell.
 - Schriftführer: Frau Müller, Karlsruhe.
- Mandatsprüfungskommission:
Vd. Haufsch, Heidelberg,
Führinger, Mannheim,
Fuerer, Vörsch,
Müller, Offenburg,
Glücks, St. Georgen i. Sch.

Gen. Amann übernimmt mit dem Freiheitsruf den Vorsitz. Auch er verweist auf die Bedeutung des Parteitages. Die Tagesordnung wird angenommen. Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung lautet:

Die politische Lage in Baden

Für den Landesvorstand ist Redner Landtagsabgeordneter Genosse Reinhold (Mannheim). Der Redner befaßt sich zunächst mit dem Ultimatum des Zentrums und dessen Begründung. Sinn der Zentrumsklärung ist, daß eine Ablehnung des Konkordats durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion gegen den Sinn der Vereinbarungen bei der Regierungsbildung im Jahre 1929 verstößen würde. Genosse Reinhold bezeichnet es als eine geschichtliche Fälschung, wenn Abg. Dr. Föhr behauptet, die Sozialdemokratie sei wortbrüchig geworden. In einem Stadium der Verhandlungen hat sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, einem Konkordat zuzustimmen, das die Schule nicht einschließt. Allerdings hat sich die Mehrheit der Landtagsfraktion dadurch schuldig gemacht, daß sie sich nicht an die Abmachungen bei der Regierungsbildung 1929 bezüglich der Schule im Konkordat gehalten hat. Wir verbitten uns aber die Einschüchtern irgend einer bürgerlichen Partei in unsere Anwesenheiten. (Stürmische Zustimmung.) Die Erklärung des Zentrums hat uns unsere heutige Stellung außerordentlich erleichtert. (Zustimmung.)

Ein Konkordat für Baden ist etwas anderes als ein Konkordat im schwarzen Bayern oder im evangelischen Preußen. Man hat in der Fraktion nicht genügend die geschichtliche und kulturellgeschichtliche Entwicklung in Baden berücksichtigt.

Der Redner beschäftigte sich hierauf mit dem katholischen Konkordat selbst und stellte dabei die wichtigsten Punkte in den Vordergrund: die Wahl des Erzbischofs, die Finanzfrage und die Schule. Bezüglich der Wahl des Erzbischofs ist sicher, daß gerade die im Konkordat getroffene Regelung den ersten Konfliktstoff zwischen Staat und Kirche liefern wird. Bezüglich der Finanzfrage ist es sehr schwer, nachzuprüfen, ob der nun im Konkordat festgelegte Betrag nicht höher ist, wie die im Staatsvoranschlag festgelegte Summe. Schließlich wäre aber doch dies alles für manche noch tragbar gewesen, wenn nicht die Schulbestimmungen im Konkordat enthalten wären. Niemals ist von uns in dieser Frage bei den früheren Verhandlungen eine Konzession gemacht worden. Die unter dem Genossen Kemmele einleiteten Verhandlungen trugen ganz anderen Charakter als die späteren Verhandlungen. Der Redner weist die ihm gegenüber gemachten Behauptungen zurück und stellt fest, er habe Disziplin halten müssen. Gen. Reinhold weist eingehend nach, daß seine Haltung von Anfang an eine ablehnende gegenüber dem Konkordat war. In scharfen Auseinandersetzungen habe er allen verantwortlichen Genossen gegenüber seinen Standpunkt dargelegt. Der Landesvorstand hat weder ein Kontrollrecht noch ein Einspruchsrecht gegenüber der Landtagsfraktion. Der Landesvorstand hat aber von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß er Genosse des Konkordates ist. Die Parteilausehmitt-

Die verschobene Kanzlerernennung Präsidentialkabinett v. Schleicher?

Die Entscheidung des Reichspräsidenten über das neue Präsidentschaftskabinett ist verschoben worden, da erst noch weitere Besprechungen stattfinden sollen.

Das Conti-Büro meldet dazu: Am Sonntag haben eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die der Entwurfung der innerpolitischen Lage dienen sollen. Es handelt sich um wesentlichen um die inoffizielle Fühlung, die General v. Schleicher nach der Konferenz beim Reichspräsidenten mit einer Reihe von Persönlichkeiten des parlamentarischen Lebens aufnehmen beabsichtigt. Am Samstag hatte der Reichswehrminister noch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei gesprochen und es scheint, daß er am Sonntagabend mit Prälat Kaas zusammen war, doch läßt sich hierüber nichts Sicheres in Erfahrung bringen, da über die ganzen Besprechungen der Schleicher tiefer Vertraulichkeit gebräutet ist. Das gilt auch über gewisse Fäden, die General v. Schleicher zu den Sozialdemokraten zu ziehen verluste. Er hat sich wohl mit Weizsäcker in Verbindung gesetzt, doch hat eine Besprechung noch nicht stattgefunden. Sie dürfte auch wenig Erfolg haben, da die Sozialdemokraten nicht daran denken, irrendem Reichskabinett oder eine bürgerliche Regierung zu tolerieren.

Nach Auffassung politischer Kreise bleibt insondern nur ein Kabinett v. Schleicher als letzter Ausweg. In einer solchen Regierung wäre die praktische Mitarbeit des Zentrums denkbar etwa in der Form, daß die christlichen Gewerkschaften einen ihrer Führer für das Amt des Reichsarbeitsministers zur Verfügung stellen. Nach der gesamten Situation würde jedoch auch ein Kabinett unter Führung des Generals v. Schleicher mit dem Reichstag in Konflikt geraten. Es würde aber mit rund 200 Abgeordneten (der Deutschen Nationalen und des Zentrums) eine breitere Basis haben als das Kabinett v. Papen. Eine solche Lösung scheint auch vom Zentrum her angestrebt zu werden, das übrigens sein Verhalten zur Reichspolitik in einer besonderen Beschlusssitzung am Montag vormittag beraten wird.

Die belgischen Wahlen Sozialistische Erfolge

Brüssel, 28. Nov. Nach den bis gegen Mitternacht vorliegenden Ergebnissen sind die Parlamentswahlen in Belgien durch eine Zunahme der Sozialistischen Stimmen ein allgemeines Überraschungsergebnis erzielt worden, das die belgische Nationalfront darstellt, Zunahmen zu verzeichnen. Die belgischen Nationalfront darstellt, Zunahmen zu verzeichnen. Die belgischen Nationalfront darstellt, Zunahmen zu verzeichnen.

Aus Eupen-Malmédy-St. Vith liegt bereits das Gesamtergebnis vor. Es lautet: (Die Zahlen in Klammern stellen die Resultate der Parlamentswahlen vom Jahre 1929 dar): Christl. Volkspartei 7456 (7740), Sozialisten 2886 (3165), Belg. Kath. Union 5054 (2622), Liberale 471 (671), Kommunisten 338 (73).

Brüssel, 27. Nov. Nach den bis gegen 1.30 Uhr vorliegenden Wahlergebnissen rechnen die Sozialisten mit einem Nettoerfolg von drei Sitzen. Sie gewinnen einen Sitz in Mecheln, zwei im Hennegau und einen in Lüttich, während sie wahrscheinlich in der Provinz Namur zugunsten der Liberalen einen Sitz verlieren. Die Katholiken rechnen mit einem Gewinn von fünf bis sechs Mandaten, zwei in Westflandern, zwei in der Provinz Antwerpen, einen in Luxemburg und einen in Brabant. Für die Liberalen war der Verlust nicht günstig, da sie sich auf einen Verlust von fünf bis sechs Sitzen gefaßt machen müssen. Bisher verliert sie über 28 Mandate.

Die Frontpartei (Belgische Nationalisten), bisher elf Sitze, verliert vier Sitze, zwei in Westflandern, zwei in Antwerpen. Die Kommunisten verzeichnen im allgemeinen Rückgänge. Der Erfolg der Kommunalwahlen vom 19. Oktober befürchtete Vormarsch dieser Partei hat nicht stattgefunden, ihre Stärke ist für die parlamentarische Gesamtsituation unwichtig, da sie bisher nur einen einzigen Abgeordneten besaßen.

Die endgültigen Wahlergebnisse werden erst im Laufe des Dienstags feststehen.

Die Bündnispolitik kommt wieder Französisch-russischer Nichtangriffspakt

Paris, 27. Nov. Der Ministerrat hat am Sonnabend den französisch-russischen Nichtangriffspakt gebilligt. Der Pakt wird am Dienstag von Herriot und dem russischen Botschafter in Paris unterzeichnet. Er besteht aus einer Präambel, fünf Artikeln und einem Anhang, der ein Verständigungsabkommen enthält.

In der Präambel wird erklärt, daß der französisch-russische Vertrag in keiner Weise den Räderbündnispaakt beeinträchtigt und er den Bündnis-Vertrag bekräftigt. Artikel 1 des Vertrages sieht für beide Länder die Verpflichtung vor, auf keinen Fall einzeln oder zusammen eine oder mehrere dritte Mächte anzugreifen und die Unverletzlichkeit der unter ihrer Souveränität stehenden Gebiete oder der ihnen anvertrauten Mandatsgebiete zu achten. Artikel 2 verlangt, daß, wenn eine der vertragschließenden Parteien von einer dritten Macht angegriffen wird, sich die andere Macht verpflichtet, weder direkt oder indirekt den Angreifer zu unterstützen. Ferner bestimmt dieser Artikel, daß, wenn eine Partei eine dritte Macht angreift, die andere den Vertrag sofort kündigen kann. Artikel 3 enthält die Verpflichtungen, die Frankreich als Mitglied des Völkerbundes auf sich genommen hat. Artikel 4 verbietet wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, wie sie zum Beispiel in der russischen Verordnung vom 20. Oktober 1930 gegen Frankreich verhängt worden waren. Er sieht für beide Länder die Verpflichtung vor, an keinem internationalen Abkommen teilzunehmen, das praktisch die Wirkung hat, den Ankauf oder Verkauf von Waren oder die Gewährung von Krediten an den Vertragspartner zu untersagen und keine Maßnahmen zu treffen, die darauf hinauslaufen, einen Vertragspartner von der Beteiligung an dem Außenhandel des anderen auszuschließen. Artikel 5 bezieht sich auf politische Angriffs- und Propagandamaßnahmen. Die russische Regierung verpflichtet sich darin, sich jeder Aktion zu enthalten, die darauf hinausläuft, eine Agitation oder Propaganda hervorzuheben oder zu begünstigen, die die territoriale Unverletzlichkeit Frankreichs beeinträchtigt und die gewalttätige Abänderung des politischen oder sozialen Regimes Frankreichs oder eines Teils der französischen unterliegenden Gebiete bezweckt. Ferner verpflichtet sich die russische Regierung, auf ihrem Gebiet keine Organisationen zu schaffen, auszurufen, zu subventionieren oder zu unterstützen, die sich die Rolle einer Regierung oder Vertretung französischer Gebiete anmaßt.

Schließlich enthält der Artikel 5 noch die gegenseitige Verpflichtung, keine militärischen Organisationen auszusenden, die das Ziel eines bewaffneten Kampfes gegen den Vertragspartner verfolgen.

Polnisch-russischer Nichtangriffspakt

Warschau, 27. Nov. Der polnische Staatspräsident hat den Nichtangriffspakt und das Vergleichsabkommen mit Sowjetrußland ratifiziert.

Naziwelle sinkt weiter Gemeindeauswahlen im bremischen Landgebiet

Bremen, 27. Nov. Im bremischen Landgebiet fanden heute die Wahlen zu den Gemeindeauswahlen der 14 bremischen Landgemeinden statt. Die Wahlbeteiligung betrug 81,5 Prozent gegen 77,8 Prozent bei den letzten Gemeindeauswahlen am 17. November 1929. Auf die SPD entfielen 91 (bisher 109) Mandate, auf die NSDAP 8 Mandate (die Kommunisten waren bei den vorigen Gemeindeauswahlen noch nicht mit eigenen Wahlvorständen aufgetreten). Insgesamt umfaßt die Liste also heute 99 Mandate gegen bisher 109. Die NSDAP, die bei den vorigen Gemeindeauswahlen ebenfalls noch nicht mit eigenen Wahlvorständen vertreten war, ersetzte 14 Mandate. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug für die SPD, 4180 Stimmen. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielten die Sozialdemokraten in denselben Gemeinden 4307 Stimmen. Für die Kommunisten wurden 567 Stimmen abgegeben, bei der letzten Reichstagswahl waren es 634.

Die Nationalsozialisten hatten einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Sie erhielten 894 Stimmen gegen 1191 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 6. November d. J. und 1843 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 31. Juli d. J. Der seitiger Verlust beträgt also rund 900 Stimmen oder 50 Prozent.

Keine weitere Kürzung Der Reichs-Angestelltengehälter

Die Reichsregierung hat die Nachricht, daß neuerdings beabsichtigt sei, die Arbeitsszeit und damit die Gehälter der Reichsangestellten weiter zu verkürzen, zurückgewiesen. Zutreffend ist lediglich, daß zurzeit erneut geprüft wird, ob nicht durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit der Reichsarbeiter eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes möglich ist. Dagegen sollen die Reichsangestellten nach den bisherigen Verhandlungen der beteiligten Reichsministerien nicht getroffen werden.

Gewerkschaftliches Wochenendkurs Aftand Südwestdeutschland

Die Allgemeine freie Angestelltenbund - Afa - hat sich seit Jahren zur Aufgabe gestellt, seine Funktionäre in Staats- und Wirtschaftskursen zu unterrichten. Für den Bezirk Südwestdeutschland fand ein solcher Wochenendkurs in Stuttgart statt, an dem über 120 Funktionäre aus Württemberg, Baden und Pfalz teilnahmen. Im Mittelpunkt des Kurses standen die Verhandlungen zur Behebung der Wirtschaft, der Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit und die Einschränkungen in der Sozialgesetzgebung. Die Aussprache war lebhaft. Die Afa-Mitglieder begrüßen alle Vorschläge zur Aufhebung der Wirtschaft, die begründete Aussicht auf eine Wendung zum Wohlstand haben. Als völlig abgemagt erachtet sie es aber, die Wirtschaft einseitig nur immer wieder von der Dornröschen-ber in Gang setzen zu wollen. Sie doch schon gegenüber 1929 die Lohn- und Gehaltssumme 1931 im Deutschen Reich um 10 Milliarden gesunken, so daß sich das Einkommen der großen Massen von 1190 M auf 883 M im Jahr verminderte, ohne daß irgendwelche Besserung in der Wirtschaft zu verspüren wäre. Die neuen Verordnungen lösen in der Praxis eine weitere Einkommensschmälerung in ganz einschneidender Weise aus. Durch solche Maßnahmen wird im Ausland die Kaufkraft noch mehr gelähmt und der Außenhandel so erschwert, daß eine Behebung nicht zu erwarten ist. Am Gegenteil. Es ist ernsthaft zu befürchten, daß die günstigen Ansichten auf dem Weltmarkt für die deutsche Wirtschaft wenig sichtbar werden. Die Maßnahmen sind spekulativer Art und führen nicht aus Not und Elend, wenn nicht gleichzeitig eine Geländung der Unternehmen durch Anpassung der Anlagen an die heutigen Realwerte durch entsprechende Herabsetzung des Eigenkapitals und durch Veräußerung von Gütern erfolgt. Die überhöhten und teilweise fehlerhaften Kapitalinvestitionen kann unmöglich nur durch Lohn- und Gehaltsabbau ausgeglichen werden. Solange nicht auch nach der Richtung Maßnahmen ergriffen werden im Zusammenhang mit einer ausgleichenden Ätzung, Zoll- und Handelspolitik, ist eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ausgeschlossen. - Die Einriffe in die Sozialgesetzgebung wurden anhand von praktischen Beispielen als ein falsches Sparen charakterisiert, das zur völligen Verarmung der Arbeitnehmer führt, weil der Verdienst des Arbeitnehmers nicht ausreicht zur Ernährung der arbeitslosen, kranken und alten Familienangehörigen.

Aus aller Welt Schneefall im Riesengebirge

27. Nov. Im Riesengebirge schneit es seit mehreren Tagen ohne Unterbrechung. In den höheren Lagen ist die Schneedecke bis zu einem halben Meter hoch, davon etwa ein Viertelmeter Neuschnee. Im Hochgebirge waren gestern sechs Grad Kälte. Im Tal herrscht Nebel und Regenwetter.

Schwerer Unfall im Physikalisch-Chemischen Institut in Göttingen

Göttingen, 26. Nov. Im Physikalisch-Chemischen Institut der Universität explodierte eine bismutische Retorte aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache. Ein Assistent und eine Assistentin erlitten durch die umherfliegenden Glassplitter schwere Verletzungen im Gesicht und an den Händen.

Motorjäger gekentert

Stockholm, 26. Nov. (Eig. Draht.) Der Hamburger Motorjäger „Bertha Grube“, der sich mit einer Vollladung auf dem Wege nach Stettin befand, ist während eines heftigen Südweststurmes in der Ostsee in der Nähe des Kalmarsundes gekentert. Der Kapitän J. Grube sowie die gesamte aus vier Mann bestehende Besatzung sind ums Leben gekommen.

Eine berechtigte Nobelpreisverweigerung

Doslo, 26. Nov. Der Nobelausschuss beschloß, in diesem Jahre den Friedensnobelpreis nicht zur Verteilung zu bringen. Der für dieses Jahr vorgesehene Betrag wird Johnsagewer für das nächste Jahr zurückgehalten.

Haubüberfall auf die Essener Konjunktur

Essen, 28. Nov. In die Konjunktur der Firma Krupp in Essen-West drangen am Samstagabend drei junge Burken ein und raubten unter Vorhalten von Revolvern aus dem Geldschrank 615 Mark. Während einer der Burken an der Tür mit dem Revolver stehen blieb und die Verkäuferinnen sowie die Kunden in Schach hielt, drangen die beiden anderen über die Theke und raubten das Geld. Ein vierter Burke stand auf der Straße Schmiere. Alle vier Verbrecher sind unerkannt entkommen.

Weser-Ausgang schlechter Scherzes

Neustettin, 27. Nov. Mehrere Schüler des Hedwig-Gymnasiums, die von einem Vereinsvermögen nach Hause feierten, versuchten in der Nacht zum Sonntag vor dem Hause eines Lehrers einen Sprengkörper aus einem Gemisch von übermanganäurem Kalz, Phosphor und Chlorit zur Entzündung zu bringen. Die Explosion erfolgte aber vorzeitig in der Hand eines Schülers, des 18jährigen Gymnasialisten Reinhold Mix. Der Schüler wurde furchtbar ausgerichtet. Die linke Hand wurde abgerissen. Ein Teil der Ladung ging ihm ins Gesicht, wodurch Augen und Gehör stark in Mitleidenhaft gezozen wurden. In hoffnungslosem Zustand wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Die anderen Schüler kamen mit dem Schrecken davon.

Nach den polizeilichen Ermittlungen war lediglich ein schlechter Scherz der Schüler beabsichtigt. Sie hatten ihrem Klassenlehrer einen Schrecken einjagen wollen.

Wie alt kannst du werden?
Die loben veröffentlichte Ausgabe 1932 des „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ enthält sehr interessante Angaben darüber, welches Alter die Menschen in Deutschland erreichen und wannan sie sterben. So hatten z. B. von je 1000 männlichen Personen im Alter von mehr als 55 Jahren erreicht; die übrigen 469 Personen waren vor Erreichung des 55. Lebensjahres gestorben!

Interessant auch die Todesursachen: Von den insgesamt 390 776 männlichen Personen, deren Tod im Laufe eines einzigen Jahres erfolgte, sind nur 49 792 an „Lebensschwäche“ (über 60 Jahre alt) gestorben, dagegen die übrigen 340 984 an einer von 24 verschiedenen „Krankheiten“ oder durch „gewalttätige Einwirkungen“ (Verkehrsunfall, Sturz usw.). Mit anderen Worten: von 100 männlichen Personen sterben 81 vorzeitig!

Von den im Laufe eines Jahres verstorbenen männlichen Personen standen 22 462 erst im 21. bis 30. Lebensjahr, 18 437 im 31. bis 40. Lebensjahr, 25 011 im 41. bis 50. Lebensjahr, und insgesamt 171 548 waren verheiratet, d. h. es wurden durchschnittlich jeden Tag des Jahres in Deutschland 469 Ehemännern zu Witwen!

Angeht es diese Zahlen wird es verständlich, daß in Deutschland rund 15 Millionen Lebensversicherungs-Verträge in Kraft sind. Denn kein Familienvater weiß, ob er nicht auch zu den Hunderttausenden gehören wird, die jedes Jahr vorzeitig sterben; kein Mann weiß, ob er nicht auch aus der Vollkraft seiner Familie entfallen wird, so daß seine Familie in Not und Abhängigkeit geraten würde, wenn ihr nicht durch die Lebensversicherung ein Notpfennig bereitgestellt ist.

Sicher würde sich Ihre Frauen freuen

wenn Sie nicht so viel Geld für Zigaretten ausgeben möchten. Es ist natürlich schwer, für jemanden, der sich an bessere Marken gewöhnt hat, billigeren Sorten Geschmack abzugewinnen. Wenn Sie Ihrer Frau die kleine Freude machen wollen, ohne selbst ein Opfer zu bringen, dann sollten Sie OBERST rauchen, die auf 3 1/3 Pfg herabgesetzte 5 Pfg-Zigarette. Die ist echt macedonisch, die ist mild und aromatisch, wie Sie's gewöhnt sind.



OBERST
die 3 1/3 Pfg-Zigarette
bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

28. November.

1820 * Friedrich Engels. — 1841 * Sozialist Wilhelm Pannofich. — 1898 * Dichter Konrad Ferd. Weber. — 1918 Schriftlicher Vertrag Wilhelm II. — 1922 Hochoverratsinrichtungen in Athen. — 1926 Ende des siebenmonatigen Bergarbeiterstreiks in England.

Der Spielwarenladen

In der Advents- und Weihnachtszeit kehrt er „alle Jahre wieder“ — der Spielwarenladen, das Märchenreich unserer Kleinen, der Clou jedes Kaufhauses, das Himmelreich unser Allerjüngling, das all die Dinge enthält, nach denen sich ein Kinderherz das ganze Jahr über sehnt.

Der Spielwarenladen ist natürlich nichts anderes als ein Spiegelbild unserer Zeit. Nach der Revolution und dem Zusammenbruch sah man in diesen Läden nichts anderes als Technik, in den verschiedensten Sorten der Spielwarenindustrie verwirklicht. Stabilschrauben! In Holz und in Eisen. Zeppeline und Flieger. Krane und Masten. Neben all den Dingen, die das Mädchenherz erfreuen: Puppenstuben und Miniatur-Läden beherrsichte der moderne Baufasten in hundertlei Formen das Reich der Jungen.

Festtagsrückfahrkarten und Arbeiter-rückfahrkarten

Wie im Vorjahre werden auch in diesem Jahre Festtagsrückfahrkarten mit 33 1/2 Prozent Ermäßigung und Arbeiter-rückfahrkarten mit 50 Prozent Ermäßigung für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn mit verlängelter Geltungsdauer ausgeben.

Die Festtagsrückfahrkarten gelten zur Hin- und Rückfahrt vom 21. Dezember, 0 Uhr, an allen Tagen bis zum 1. Januar, 24 Uhr (die Rückfahrt muß am 1. Januar um 24 Uhr beendet sein).

Bezirksverein für Jugendchutz, Gerichtshilfe und Gefangenensfürsorge

Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am 31. März d. J. 421, gegenüber dem Vorjahr 28 mehr. Dennoch steht Karlsruhe bezüglich der Mitgliederzahl an der fünften Stelle in Baden und ist außer von Mannheim und Freiburg logar von Konstanz und Weissenhof übertraffen.

auffichten als Aufsichtspersonen benötigten Personen stellen regelmäßig in dankenswerter Weise En. Jugend- und Wohlfahrtsdienst und Caritasverband zur Verfügung.

Totes Geld, das Arbeit schaffen könnte

Kann es einen größeren wirtschaftlichen Widerspruch geben als folgenden: Seit Wochen und Monaten berichten die Zeitungen fast täglich, wie man sich an den zuständigen Stellen den Kopf darüber zerbricht, wie das Geld für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Neubelebung der Wirtschaft beschafft werden könnte.

Konzert der Laffallia

Wie alljährlich, findet auch in diesem Jahre das übliche Stiftungskonzert am Samstag, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale der städtischen Festhalle statt.

Aus Organisationen und Vereinen

Familien- und Unterhaltungsabend der Vereinigung ehem. Höherer Handelsburscher. Die Vereinigung ehem. Höherer Handelsburscher Karlsruhe, veranstaltete am Samstag, den 19. November d. J. im gutbesetzten Eintrachtssaal einen Familien- und Unterhaltungsabend, der von Darbietungen des Vereinsorchesters unter Leitung von Handelschulaltesse Frau v. Uradmatt war.

(.) Kinderheimkehr. Am Mittwoch, den 30. November ds. J., abends 19.58 Uhr treffen 100 Kinder, die vom Verein Jugendhilfe in Karlsruhe Kinderkolonie Donaueschingen untergebracht waren, nach fünfwöchentlicher Kur auf dem Hauptbahnhof hier ein.

(.) Colosseum. Schmitz und Weisweiler. — Kommt alle zu uns — lacht euch doch aus nach Hergensluft am Abend! — Wir bringen Leben in das Haus — wobei — es wirkt erlabend — Heute Montag kommt zum letztenmal der mit so großer Begeisterung aufgenommene Schwant „Denk an Eulalia!“ zur Aufführung.

Modenschau im Café Museum. Wie alljährlich findet heute (Montag) und morgen (Dienstag) nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr eine große Winter-Modenschau unter Mitwirkung erster hiesiger Firmen statt, mit anschließender Masken-Kostümfeier, bei welcher die neuesten, in ersten Modells angefertigten Karnevals-Kostüme gezeigt werden.

Die Polizei berichtet:

Ein Betrunkener war am Samstag nachmittag die Ursache eines schweren Verkehrsunfalls auf der Kniepinger Straße. Nachdem der Betrunkene einem Radfahrer in die Fahrbahn gelaufen war und ihn zu Fall gebracht hatte, fiel er auf die Geleise der elektrischen Straßenbahn, wo er liegen blieb.

Daxlanden

Berammlung der Sozialdem. Partei. Vorkam am Samstag abend hatte die SPD, Daxlanden nach längerer Pause ihre Mitglieder zu einer Parteimitgliederversammlung eingeladen. Als Referent war Gen. Max Wöhrner, Karlsruhe, gewonnen, der zu dem Thema: „Parteiliche Notwendigkeiten“ sprach.

Arbeiter-Wohlfahrt Karlsruhe

Die Bezirksleiterinnen werden zu einer Sitzung des erweiterten Vorstandes auf heute Montag, 28. November, abends 8 Uhr, in die Nähstube, Karl-Friedrich-Straße 22, gebeten.

Womit pühen Sie eigentlich Ihren Beruf? Nehmen Sie doch dafür mal das ausgezeichnete Senfens „Maigros“ im Paket. Viele Frauen sagen ihm nach, sie hätten selten eine so starke Schwerkraft in den Händen gehabt. Hier winkt eine Erleichterung für 13 Pfennig; so wenig kostet nämlich das Paket.

